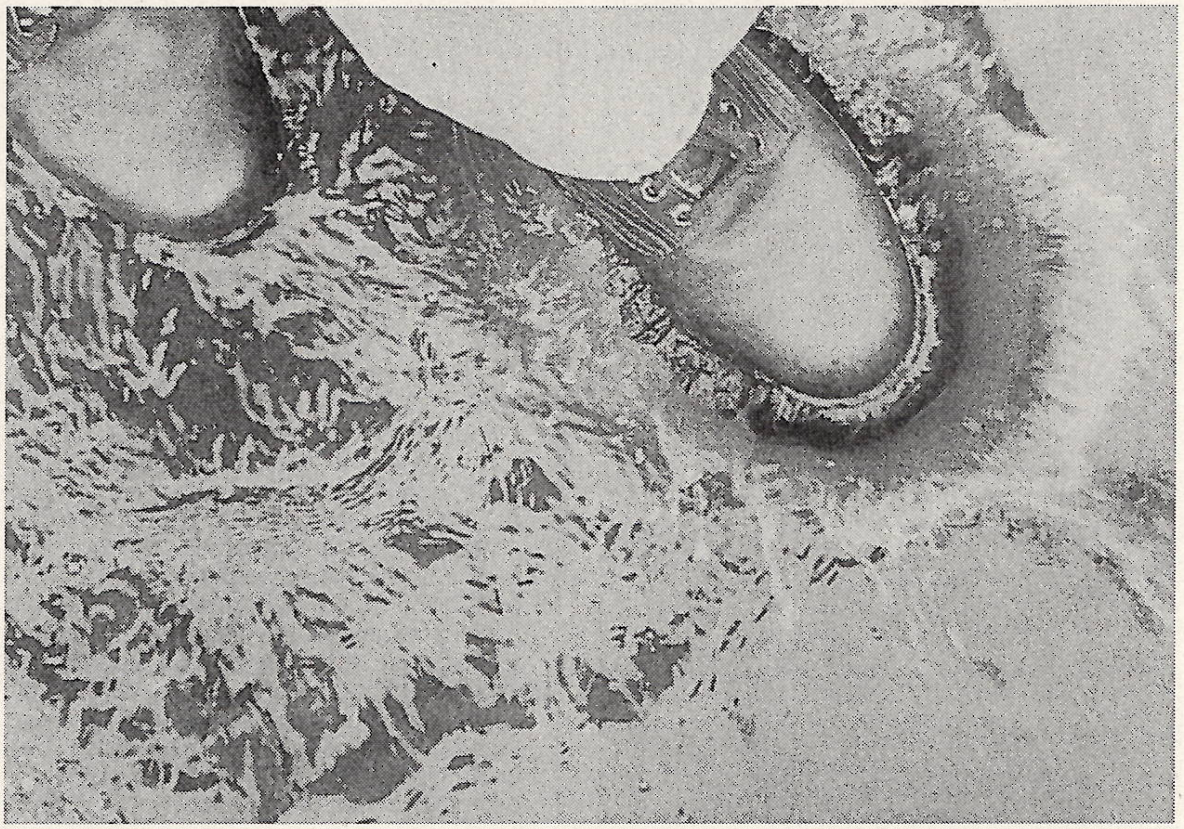
„Freiwillig bereinigt“: Stadt za

Wenn das Plenum grünes Licht gibt, bekommen Grundstückseig



Nasse Füße bekamen Regierung und Stadt beim Regenwasser: Grundstückseigentümern, die Niederschläge versickern lassen mußten, bekommen nun doch Geld zurück (Fotos: LZ-Archiv/Truhlar)

In der Auseinandersetzung um überhöhte Abwassergebühren hat das Bürgerforum Auloh-Frauenberg den Sieg davongetragen: Hinter verschlossenen Türen hat der Werksenat am Donnerstag grünes Licht dafür gegeben, daß die Stadt knapp 700 Haushalten rückwirkend bis 1991 einen zehnprozentigen Abschlag auf Abwasserbeiträge und -gebühren zurückzahlt. Gesamtsumme: rund 500 000 Mark. Am kommenden Freitag muß das Plenum diesen „Teilerlaß aus Billigkeitsgründen“ noch offiziell genehmigen. CSU-Stadtrat Rudi Schnur an der Spitze des Bürgerforums sieht sich nach fast zwei Jahren bisweilen erbitterten Kampfes in seiner Haltung bestätigt.

Das Kernproblem der seit Mai 1995 andauernden Auseinanderstezung lag in einer unterschiedlichen Rechtsauffassung: Die Stadt vertrat bislang die Ansicht, daß sich die Abwassergebühren alleine aufgrund der Menge des vorher zugeleiteten Frischwassers berechnen ließen. Jeder Grundstückseigentümer zahlte also den gleichen Preis für den Kubikmeter Abwasser. Für eingeleitetes Regenwasser würden ohnehin, so die Argumentation, keine eigenen Gebühren erhoben.

Anderer Meinung war von Anfang an das Bürgerforum Auloh-Frauenberg mit CSU-Stadtrat Rudi Schnur in der Spitze. Es sei nicht einzusehen, daß Haushalte, die seit 1991 unter der Bedingung angeschlossen wurden, Regenwasser versickern zu lassen, den gleichen Abwasserpreis zahlen müßten. Im Gegenteil: Wer Regenwasser ins Abwassernetz einspeise, verursache für die Stadt höhere Kosten, weil dafür unter anderem wieder teuere Regenrückhaltebecken gebaut werden müßten. Sinnvoll sei es also, so die Folgerung des Bürgerforums, Grundstückseigentümern, die Regen versickern lassen, einen geringeren Kubikmeterpreis für Abwasser zu berechnen.

Juristisch berief sich das Bürgerforum unter anderem auf eine Mustersatzung aus der Carl-Link-Ortsrechtssammlung, die wiederum Bezug auf ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes nimmt: Der hatte bezüglich des (einmalig erhobenen) Grundstücksflächenbeitrags einen Abschlag von 20 Prozent für „rechtmäßig“ empfunden.

Affäre wird „freiwillig bereinigt“

Als gegen Ende der zähen Auseinandersetzung die Regierung von Niederbayern zur Prüfung der strittigen städtischen Beitrags- und Gebührensatzung herbeigezogen wurde, scheint sich die Überzeugung verfestigt zu haben, daß man 1991 nicht ganz aufgepaßt hat. Pikant: Die Regierung selbst hatte seinerzeit die Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt genehmigt. In „Absprache mit der Regierung“, so Werkdirektor Erich Groß gegenüber der *Landshuter Zeitung,* habe sich die Stadt jetzt zur „freiwilligen Bereinigung“ der Abwasser-Affäre entschlos-

Auloher haben den Kanal noch lange nicht voll

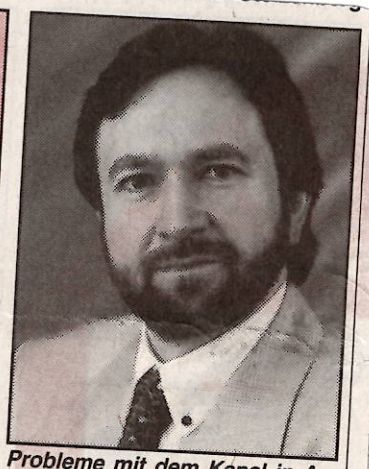
Bürgerforum moniert falsche Abrechnungen

Landshut (cb) – Der Kanal in Auloh: eine unendliche Geschichte. Nachdem der Löwenanteil der Leitungen und Rohre verlegt ist, flatterte vielen Anliegern kurz vor Weihnachten eine ganz besondere Bescherung auf den Gabentisch: die Abrechnungen für die Anschlüsse. Nach der schweren Geburt im Vorfeld mit Diskussionen und Streitereien, die in der Gründung des Bürgerforums gipfelten, durchforsteten die meisten Auloher die Bescheide besonders akribisch. Und glauben, gleich mehrere Haare in der Kanal-Suppe gefunden zu haben. Nun sollen den Stadtwerken reihenweise Einsprüche gegen die Rechnungen blühen.

Für die Bürgerforums-Aktivisten Helmut Bofinger und Rudi Schnur Hauptfehler von Behörde und ausführenden Firmen: Gleich reihenweise sollen den Bürgern zu lange Anschlußwege bis zu den Grundstücksgrenzen berechnet worden sein. Bofinger: „Ein Augenzeuge hat mir gesagt, daß die verantwortlichen Ingenieure nur lose herumgemessen haben und die Resultate nicht einmal aufgeschrieben haben." Bei Kosten von etwa 300 Mark pro Kanal-Meter seien schnell ein paar Hunderter zuviel bezahlt, monieren die Bürgerforums-Mitglieder.

Vorwürfe, die für Gerd Heilmeier von der zuständigen Stadtwerke-Abteilung für Abwasserbeseitigung kaum haltbar sind. In Auloh seien die Anschlußlängen mittels Kamerabefahrung überprüft worden. Unstimmigkeiten habe es nur dort gegeben, wo die Zugänge zu den Hausanschlüssen von den Eigentümern nicht zugänglich gemacht worden seien. Heilmeier: „Deswegen haben wir rund vier oder fünf Widersprüche."

Das Bürgerforum sieht aber noch weiteres behördliches Unrecht in den Kanal von Auloh zementiert. Laut Bofinger und CSU-Stadtrat Schnur wurde den Anliegern nämlich jegliche Möglichkeit verwehrt, Kanalanschlüsse in kostengünstiger Eigenleistung zu erbringen. Diese Möglichkeit sei im Eingemeindungsvertrag für Auloh ausdrücklich vorgesehen und hätte den Bürgern so manchen tiefen Griff in den Geldbeutel gespart. Deswegen die neue



Probleme mit dem Kanal in Auloh: Rudi Schnur. ***Foto: ar***

Forderung des Bürgerforums: Von den richtig gerechneten tatsächlichen Kosten für die Kanalanschlüsse soll pauschal ein Drittel abgezogen werden, weil keine kostengünstige Eigenleistung möglich war.

Dazu Heilmeier: „Für Eigenleistungen hätten von den Anliegern formelle Anträge eingereicht werden müssen, was nicht geschehen ist." Darüberhinaus habe die Übernahme der Komplettarbeiten durch die bauausführenden Firmen Vorteile im Bereich der Koordination mit sich gebracht – „die Anlieger wären immer wieder mit Strom-, Gas- oder anderen Leitungen ins Gehege gekommen. Das wäre beiweitem teurer geworden."

29.1.97 Wo.